

Herr Pätzold stellte zwei Nachfragen:

Ist es denkbar, dass der vorgesehene Solarpark auf dem RSAG-Gelände noch eine Ausweitung findet, damit dort mehr Sonnenenergie genutzt werden kann?

Der Vorlage sei außerdem zu entnehmen, dass der Radweg, der über das Deponiegelände führen solle, im Moment nicht weiter geplant werden könne und aufgrund der Eigentumsverhältnisse ruhe. Woran liegt das und welche Optionen und Perspektiven gibt es, um diesen Radweg doch noch in einem überschaubaren Zeitraum zu realisieren? Insbesondere für Radpendler halte man ihn für wichtig.

Herr Lübken sagte, er wolle dafür plädieren, nicht nur das Deponiegelände, sondern das gesamte Stadtgebiet noch einmal sehr kritisch dahingehend zu untersuchen, wo man Photovoltaik-Freiflächenanlagen errichten könne. Dabei solle man nicht nur an die bekannten grünen Wiesen denken, sondern beispielsweise auch an große Parkflächen oder Parkplätze. Die Situation in der Ukraine und deren Auswirkungen auf den Energiemarkt hätten noch einmal deutlich gemacht, dass man diesbezüglich schneller und besser werden müsse. Deshalb hätte er sich auch gewünscht, dass der B-Plan auf der Tagesordnung gestanden hätte.

Herr Puffe sagte, grundsätzlich sei das weiterhin ein sehr zu begrüßendes Konzept. Wichtig sei für die CDU-Fraktion der Aspekt, den Bürgern etwas zurückzugeben für die Geruchsbelästigung, die früher von der Deponie ausgegangen sei. Deshalb sei es sehr schade, dass gerade dieser Aspekt nun zeitlich nach hinten rutsche und man insbesondere bei der Radwegeverbindung nicht vorankomme. Diesbezüglich könne er sich der Frage von Herrn Pätzold nur anschließen. Das sei schon ein Punkt, der brenne. Herr Müller habe in seiner Funktion als Ortsvorsteher seinerzeit eine Idee für eine alternative Wegeführung eingebracht.

Herr Hein (RSAG) erklärte, dass die Grundstücksschwierigkeiten bei der Radwegeverbindung im Norden seien. Dort gebe es mehrere Privateigentümer. Die Firma Fink-Stauf sei dort ansässig und habe seinerzeit dort einen Weg erworben. Dort gebe es auch ein Biotop. Diese Grundstücksangelegenheiten könne man nur gemeinsam mit der Stadt lösen, da seien der RSAG irgendwann die Hände gebunden. Da hätte man sich selber gewünscht, deutlich weiter zu sein.

Die Solaranlage sei ursprünglich weiter südlich auf einer deutlich kleineren Fläche vorgesehen gewesen. Als die Bezirksregierung ihr Veto eingelegt habe, sei man nach Norden auf eine größere Fläche gegangen, das sei im Planverfahren gelungen.

Bezüglich des B-Plans rede man noch über den Ausgleich, ein Anteil von 23 % sei noch nicht geklärt. Da gehe es darum, dass z.B. Grundbucheinträge sichergestellt werden müssten.

Man müsse genehmigungsrechtlich auch die abfallwirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen. Man sei da sehr zuversichtlich, aber das dauere seine Zeit.

Herr Gleß erklärte im Hinblick auf den Radweg, dass die Wegeparzellen für einen Anschlusspunkt nördlich der A560 in privatem Eigentum seien. Da komme man derzeit nicht dran, auch wenn man mit dem Eigentümer Kontakt gehabt habe und der Stadt auch Voraussetzungen genannt worden seien, um möglicherweise in den Besitz der erforderlichen Flächen zu kommen. Das seien jedoch eher unmoralische Angebote gewesen. Man habe weiterhin das Problem, dass man aufgrund des

Schwerlastverkehrs zum Geistinger Sand hin keine sichere Radwegführung ermöglichen könne. Ggfs. könne man dies lösen, indem man im Zuge des Bebauungsplanverfahrens „Im Mittelfeld“ den Schwerlastverkehr über die Straße Im Mittelfeld führe.

Man habe sich vorgenommen, den B-Plan in der Juni-Sitzung auf die Tagesordnung zu bringen. Dies setze voraus, dass bis dahin das Thema des landschaftsökologischen Ausgleichs geklärt sei.

Bei einer potenziellen Vergrößerung der Solaranlage müsste man sich mit der Bezirksregierung ins Benehmen setzen, ohne die Bezirksregierung laufe da gar nichts. Wenn der Plan soweit reif und der landschaftsökologische Ausgleich geklärt sei, wäre man gut daran beraten, gemeinsam mit der Bezirksregierung daran zu arbeiten, auch auf die andere Fläche zu gehen – nicht substituierend, sondern als Ergänzung.

Herr Puffe bat hinsichtlich der Radwegeverbindung um weitere Ausführungen zu dem Biotop und fragte, ob die Radwegeverbindung durch das Biotop verlaufen werde.

Frau Feld-Wielpütz bat darum, den aktuellen Verhandlungsstand in Bezug auf den Radweg kurz schriftlich zusammengefasst in die Fraktionen zu geben, damit man wisse, was überhaupt geplant und mit wem überhaupt gesprochen worden sei. Sie könne sich da Herrn Pätzold und Herrn Puffe anschließen, wolle aber ergänzen, dass man seit drei Jahrzehnten über diesen Radweg spreche. Der Radweg sei Teil eines Friedensvertrags zwischen Stadt und RSAG gewesen. Sie finde, alle Fraktionen im Rat sollten gemeinsam mit der Verwaltung alles dafür tun, diesen Radweg wie auch immer realisiert zu bekommen.